

Der Mittelstand wartet auf Berlin

Lichtblick am Konjunkturhimmel, doch Steuern und Kosten für Bürokratie belasten nach wie vor

Von Martina Wewetzer, HNA, 22. Oktober 2005

Wenn der Mittelstand drei Wünsche an die Bundesregierung frei hätte, kämen die Antworten wie aus der Pistole geschossen: Abgaben senken, Bürokratie abbauen, Arbeitsmarkt flexibilisieren. Zwar befindet sich der Mittelstand nach Ansicht der KfW-Bank seit Herbst auf Erholungskurs und auch der Konjunkturhimmel hat sich einer Umfrage der Wirtschaftsdatei Creditreform zufolge für Firmen mit weniger als 500 Mitarbeitern oder 50 Millionen Euro Jahresumsatz aufgehellt - aber noch müssen die Unternehmer strampeln.

Seit dem Jahr 2000 haben bundesweit rund 25 000 Unternehmen mit zehn bis 500 Beschäftigten ihre Pforten geschlossen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IdW) in Köln festgestellt. Dadurch sind laut Klaus-Heiner Röhl, zuständig beim IdW für Mittelstandspolitik, fast eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen.

Die Stolpersteine sind bekannt. Ein Hemmschuh ist die Steuer- und Abgabenlast. Da fast 80 Prozent der Mittelständler Personengesellschaften sind, unterliegen die Erträge der Einkommenssteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer. Wie dies in der Praxis aussieht, zeigt die Steuererklärung eines Unternehmers aus dem Schwalm-Eder-Kreis. Als offene Handelsgesellschaft geführt, gibt er 2004 von seinem Gewinn von 500 000 Euro rund 251 770 Euro an den Fiskus ab (Gewerbesteuer, Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag). Für 2005 wird sich seine Steuerlast um 13 500 Euro mindern, da der Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent gesenkt wurde. Viel übrig bleibt für den Schwälmer nicht, denn die Abschreibemodalitäten wurden geändert. Das heißt: Der Gewinn fällt höher aus, obwohl Maschinen oder Computer altern und an Wert verlieren. Eine Kapitalgesellschaft (GmbH oder AG) kämpft zwar auch mit den Abschreibemodalitäten, aber der Spitzensteuersatz liegt bei 39 Prozent.

Die Gewerbesteuer wird künftig auch die Bundesregierung beschäftigen. Denn bei Unternehmern wie Steuerpolitikern besteht der Konsens, dass diese Steuer mit ihren kommunal unterschiedlichen Hebesätzen reformiert werden muss, um den Standort Deutschland attraktiver zu machen. Bislang fehlt es an Alternativen, um die Kommunen für den Wegfall zu entschädigen. Es klemmt auch in Sachen Bürokratie. Röhl: "Während Großunternehmen im Schnitt pro Mitarbeiter 350 Euro im Jahr für das Ausfüllen von Statistiken und Formularen aufwenden müssen, kommen Kleinunternehmer auf bis zu 4360 Euro." Modernisierungsbedarf sehen die Mittelständler auch beim Kündigungsschutz. Er gehöre mit zu den Auflagen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen behindere. Deshalb werde am Personal gespart, hat nun die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft festgestellt.